

# KKP 2.0: Das Mannheimer Modell der Kommunalen Kriminalprävention

Dieter Hermann, Klaus Eberle, Sophie Glaser

& Christian Specht

*Ausgehend von gesellschaftlichen Veränderungen, Krisen und neuen Kriminalitätsformen wandeln sich Sicherheitsgefühl und Kriminalitätsfurcht in der Bevölkerung. Die Mannheimer Sicherheitsarchitektur greift die Entwicklungen auf und stützt sich dabei auf regelmäßige Bevölkerungsbefragungen. Die Modifikationen der Mannheimer Vorgehensweise ist eine Weiterentwicklung der klassischen Kommunalen Kriminalprävention im Sinne einer KKP 2.0.*

## Herausforderung der Kommunalen Kriminalprävention in Krisenzeiten

In der Bundesrepublik Deutschland ist die *Kommunale Kriminalprävention (KKP)* ein etabliertes kriminalpolitisches Konzept. Fast alle deutschen Städte und Gemeinden haben Gremien gebildet, die sich mit Kriminalprävention auf kommunaler Ebene befassen. Von einem geschlossenen und einheitlichen Konzept zu sprechen, wäre allerdings übertrieben. Unter KKP werden lokale Bemühungen verstanden, um das Ausmaß der Kriminalität zu vermindern und das subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung zu verbessern, wobei die Bürger\*innen als Initiatoren und verantwortliche Träger eingebunden werden sollen (Dölling, Hermann & Simsa 1995, Forschungsgruppe Kommunale Kriminalprävention in Baden-Württemberg 1998 und 2000); dies gelingt in der Praxis nur bedingt. Für die organisatorische, konzeptuelle und inhaltliche Ausgestaltung der einzelnen Projekte und Initiativen gibt es keine festen Regeln. So gibt es *in der Praxis der KKP ganz erhebliche Unterschiede* (Hermann & Laue 2004) Während beispielsweise etliche Kommunen in den USA das Modell der „Zero Tolerance“ zugrunde legten, wurden in Deutschland mit dem Abbau von Incivilities, der Verbesserung der Lebensqualität und der Erhöhung des Sozialkapitals eher kommunitaristische Elemente in den Vordergrund gestellt.

In Deutschland verlief die *Entwicklung der KKP in Stufen* (Hermann 2016a und b; Kerner, Jehle & Marks 1998; Kerner 2018). Anfänglich wurden mittels der Daten der Polizeilichen Kriminalstatistik *kriminologische Lagebilder* erstellt, die als Wissensgrundlage für die Konzeption kriminalpräventiver Maßnahmen genutzt wurde (Pohl-Laukamp 1996; Lübeck 2015; Hunsicker 2006). Das Problem kriminologischer Regionalanalysen auf der Grundlage der Polizeilichen Kriminalstatistik ist, dass sie lediglich auf *Hellfelddaten* beruhen und die subjektive Seite der Kriminalität, nämlich *Kriminalitätsfurcht* und *Unsicherheitsgefühl*, unberücksichtigt lassen. Dies kann durch *Bevölkerungsbefragungen* kompensiert werden – einige Gemeinden haben dies realisiert. Allerdings war durch Variationen in Stichproben und Operationalisierungen von Fragen ein Vergleich zwischen Kommunen nur bedingt möglich. Aus diesem Grund hat die *Forschungsgruppe Kommunale Kriminalprävention* in Baden-Württemberg im Rahmen von Befragungen im Jahr 1994 in Calw, Freiburg und Ravensburg/Weingarten ein Erhebungsinstrument entwickelt, das die Themen der Kommunalen Kriminalprävention abdecken sollte und das auf seine Messqualität überprüft wurde (Forschungsgruppe Kommunale Kriminalprävention in Baden-Württemberg 1998 und 2000). Inzwischen wurden zahlreiche Bevölkerungsbefragungen zur subjektiven und objektiven Sicherheitslage durchgeführt, mit der

Absicht, Prävention auf ein empirisch begründetes Wissensfundament zu stellen. Das Ziel von KKP hat sich jedoch nicht verändert: Der Abbau von Kriminalität und die Reduzierung von Kriminalitätsfurcht.

Die gesellschaftlichen Veränderungen, insbesondere die Konfrontation mit weitreichenden globalen Krisen, einer zunehmenden Individualisierung der Gesellschaft und einem wachsenden Einfluss der Globalisierung stellen die *Frage, ob die klassische Form der Kommunalen Kriminalprävention nicht angepasst werden müsste*. Die Herausforderungen dieses gesellschaftlichen Wandels für die KKP ist, dass erstens der ökonomische Druck auf die Kommunen gestiegen ist und somit Effektivität und Effizienz von KKP einen höheren Stellenwert bekommen hat, dass zweitens Krisen einen Einfluss auf das Sicherheitsgefühl und die Kriminalitätsfurcht haben und dies berücksichtigt werden müsste, dass drittens auf Grund des Individualisierungsprozesses quantitativ gesehen kleinere Gruppierungen entstehen, die sich erheblich vom Rest der Bevölkerung unterscheiden. Aufgrund der geringen Größe sind die Probleme solcher Gruppen in allgemeinen Bevölkerungsbefragungen kaum erkennbar, sodass solche Gruppen gezielt untersucht werden müssten. Der vierte Punkt, die Globalisierung, betrifft auch den Bereich der Kriminalität und Kriminalprävention. Insbesondere bei Cybercrime und Telefonbetrug ist eine *täterorientierte Prävention* nur bedingt möglich ist, sodass die Förderung der Resilienz potenzieller Opfer im Vordergrund steht. Diese Aspekte wurden seit 2020 in Mannheimer Sicherheitsbefragungen berücksichtigt. Damit wird ein Sicherheitskonzept umgesetzt, das die klassische KKP erweitert und deshalb als „*KKP 2.0*“ bezeichnet wird.

Nach einer Beschreibung der *Mannheimer Sicherheitsarchitektur* werden ausgewählte Ergebnisse der letzten Sicherheitsbefragung vorgestellt, um die Umsetzung des Sicherheitskonzepts zu verdeutlichen.

## Das Mannheimer Modell

Die Mannheimer Sicherheitsarchitektur verfolgt vier Ziele:

1. Die Schaffung *subjektiver und objektiver Sicherheit* sowie einer *hohen Lebensqualität*.
2. Die Ressourcen, die für kriminalpräventive Maßnahmen genutzt werden, sollen *effektiv und effizient* eingesetzt werden.
3. KKP soll *alle Personengruppen berücksichtigen*, auch solche, die zahlenmäßig klein sind.
4. Es sollen *aktuelle Probleme und Krisensituationen* berücksichtigt werden.

Damit diese Ziele erreicht werden, benötigt man eine Wissensgrundlage zu den einzelnen Punkten. Deshalb werden regelmäßig Bevölkerungsbefragungen durchgeführt, also *Sicherheitsaudits*, die folgendes leisten sollen:

1. *Deskription*: Beschreibung des Ist-Zustands der subjektiven und objektiven Sicherheitslage sowie der Lebensqualität.
2. Um den *Ressourceneinsatz zu optimieren*, sollen Regionen identifiziert sowie Personen charakterisiert werden, die durch eine hohe Kriminalitätsfurcht und Kriminalitätsbelastung sowie eine niedrige Lebensqualität gekennzeichnet sind. Dadurch können *kriminalpräventive Maßnahmen auf bestimmte Personengruppen und Regionen konzentriert* und somit der Ressourceneinsatz optimiert werden. Dadurch soll die Effizienz von KKP gesteigert werden.
3. Die *zentrale Frage der KKP ist, machen wir das Richtige?* Werden Präventionsmaßnahmen implementiert, die Probleme beseitigen sollen, die eigentlich nicht vorhanden ist, ist die Maßnahme im besten Fall wirkungslos. Es kann aber sein, dass mit der Präventionsmaßnahme lediglich die Botschaft vermittelt wird, dass es ein Problem gibt – und dies kann zur Steigerung der Kriminalitätsfurcht beitragen. Kriminalprävention kann kontraproduktiv sein. Dies kann vermieden werden, wenn *Präventionsmaßnahmen gewählt werden, die an den Ursachen von Kriminalität und Kriminalitätsfurcht ansetzen*. Deshalb ist die Bestimmung dieser Ursachen eine zentrale Frage-

stellung, die mit Hilfe des Sicherheitsaudits beantwortet werden soll. Präventionsmaßnahmen, die an den Ursachen von Kriminalität und Kriminalitätsfurcht ansetzen, sind erfolgversprechend und effektiv.

4. Durch die Untersuchung von Personengruppen auf ihre Vulnerabilität und auf das Vorhandensein gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Stereotype wird das Leitmotiv der Stadt berücksichtigt, nach dem die *Akzeptanz, Anerkennung und Wertschätzung für alle Personengruppen* ein wichtiges Ziel ist.
5. Zudem sollen im Sicherheitsaudit akute Probleme und Krisen berücksichtigt werden, sodass *passgenaue Lösungen* bestimmt werden können.
6. Aufgrund der zunehmenden Individualisierung der Gesellschaft ist zu erwarten, dass die Heterogenität in Kommunen zunimmt. Es kann nur bedingt angenommen werden, dass eine bestimmte Ursache der Kriminalitätsfurcht in allen Regionen einer Stadt gleichermaßen relevant sind. Deshalb sind *kleinräumige Analysen* erforderlich. Dies ist nur möglich, wenn die realisierte Stichprobe ausreichend groß ist.

Die jeweils erstgenannten Punkte entsprechen den Zielen und Mitteln der klassischen KKP. Mit den anderen Punkten wird der Ansatz erweitert; deshalb wird der Ansatz als KKP 2.0 bezeichnet.

In Mannheim werden seit 2012 *Sicherheitsbefragungen* durchgeführt. Die vierte Erhebung wurde im Dezember 2022 und Januar 2023 durchgeführt. Das Spektrum der Erhebungen hat sich stetig erweitert. Die ersten Befragungen waren auf die Erfassung der subjektiven und objektiven Sicherheitslage konzentriert. In der Befragung, die im Jahr 2020 durchgeführt wurde, sind zusätzlich Fragen zur Compliance von Corona-Regeln und Impfbereitschaft sowie zum Einfluss einer intelligenten Videoüberwachung auf das Sicherheitsgefühl und zur Sicherheit von Isbti-Menschen einbezogen worden.

In der Befragung 2022/23 wurde neben den beiden zuletzt genannten Punkten die Kommunikation und Information in Katastrophensituationen berücksichtigt. Die klassische Sicherheitsbefragung hat sich *zum kommunalen Planungsinstrument weiterentwickelt*,

in dem auch Fragestellungen bedacht werden, die mit dem Thema Sicherheit nur indirekt in Verbindung stehen. Dadurch ist es möglich, schnell auf veränderte Situationen und Krisen zu reagieren, welche die Sicherheitslage beeinträchtigen könnten.

## Das Sicherheitsaudit

### Theoretische Grundlagen

Die theoretische Grundlage ist eine Verknüpfung von Broken-Windows-Ansatz (Wilson & Kelling 1996), Sozialkapitalansatz (Putnam 2000) und den Modellen zur Erklärung der Kriminalitätsfurcht (Boers 1991). Dabei wird angenommen, dass es eine Wechselbeziehung zwischen Kriminalitätsfurcht, Lebensqualität, Kriminalitätsbelastung, Incivilities, Sozialkapital und Viktimisierungen gibt – ein Kreislauf, der ohne Eingreifen eskalieren würde. Dieses Modell wurde empirisch überprüft und nicht falsifiziert (Hermann & Laue 2001; Hermann & Dölling 2001; Dölling & Hermann 2006; Lüdemann & Peter 2007).

Aufgrund der wechselseitigen Abhängigkeit der genannten Merkmale ist es möglich, dass eine Reduzierung der Kriminalitätsbelastung durch Verbesserungen bei der Kriminalitätsfurcht und Lebensqualität gelingt. Die *primären Ziele des Mannheimer Sicherheitskonzepts sind die Reduzierung der Kriminalitätsfurcht und die Verbesserung der Lebensqualität*. Die Verminderung der Kriminalitätsbelastung ist ein sekundäres Ziel, das durch die Reduzierung der Kriminalitätsfurcht und die Verbesserung der Lebensqualität erreicht werden soll.

### Methode

Die *Sicherheitsbefragungen in Mannheim wurden 2012, 2016, 2020 und 2023* durchgeführt. Alle Erhebungen basierten auf Zufallsstichproben, damit inferenzstatische Schlüsse möglich sind. Die ersten beiden Erhebungen wurden in schriftlicher Form realisiert.

Bei der *dritten Befragung* wurde eine Stichprobe schriftlich befragt (N=3.035); für eine zweite Stichprobe wurde eine Online-Befragung durchgeführt (N=2.179). Es zeigte sich, dass jede Methode mit einem spezifischen Bias verknüpft war: Befragte über 80 Jahren waren in der schriftlichen Befragung über- und in der Online-Befragung unterrepräsentiert. Zudem

waren in der schriftlichen Befragung Frauen über- und Männer unterrepräsentiert, während die Geschlechterverteilung in der Online-Befragung repräsentativ war. Allerdings wirkte sich die Erhebungsmethode kaum auf die Messung der Kriminalitätsfurcht aus: In beiden Erhebungen war der Anteil der Befragten, die sich ziemlich oder sehr unsicher fühlen sowie der Anteil von Befragten, die oft oder sehr oft daran denken, Opfer einer Straftat zu werden, genau gleich groß. Bei den anderen Indikatoren der affektiven, konativen und kognitiven Kriminalitätsfurcht unterschieden sich die Anteile der Personen mit hoher Furcht lediglich um einen Prozentpunkt, wobei die Abweichungen keine Systematik aufzeigten. Somit liefern Sicherheitsbefragungen, die Online durchgeführt werden, ebenso zuverlässige Ergebnisse wie schriftliche Erhebungen – unter der Voraussetzung, dass die Befragten zufällig ausgewählt werden.

Die vierte Befragung wurde im Dezember 2022 und Januar 2023 online durchgeführt, wobei zudem die Zusendung eines schriftlichen Fragebogens angeboten wurde. Die Grundgesamtheit umfasste die im Einwohnermelderegister erfassten Bewohner\*innen der Stadt ab dem Alter von 14 Jahren. Daraus wurde eine zufällige Stichprobe von 25.000 Personen gezogen. In dem

Einladungsschreiben erhielten die Befragten den Link zur Onlinebefragung sowie ein persönliches Passwort, um eine Fremd- sowie Mehrfacheilnahme auszuschließen. Zudem wurde für einen kleinen Stadtteil, dem Jungbusch, eine zusätzliche Zufallsstichprobe von 1.000 Fällen berücksichtigt. Um die Proportionalität wiederherzustellen, wurden die Daten anhand der Zugehörigkeit zu einem Stadtbezirk gewichtet. An der Erhebung haben 5.487 Personen teilgenommen. Die Daten sind weitgehend repräsentativ: Frauen sind geringfügig überrepräsentiert, Befragte zwischen 20 und 29 Jahren sind etwas unterrepräsentiert und Personen zwischen 60 und 69 Jahren geringfügig überrepräsentiert.

### Vergleich zwischen Stadtbezirken

Der Vergleich zwischen Stadtbezirken soll die Frage beantworten, ob kriminalpräventive Maßnahmen lokal konzentriert werden können, sodass Ressourcen gezielt eingesetzt werden können. Für den Vergleich ist relevant, ob sich die Regionen in Kriminalitätsfurcht, Viktimisierungen und perzipierter Lebensqualität unterscheiden.

Zur Messung der Kriminalitätsfurcht wurden alle Indikatoren der Kriminalitätsfurcht und der universellen Angst

zu einem Index zusammengefasst, wobei die Items der genannten Dimensionen der Kriminalitätsfurcht jeweils gleichgewichtet additiv berücksichtigt wurden. Dieser Index wurde standardisiert, sodass positive Werte für eine über- und negative Werte für eine unterdurchschnittliche Kriminalitätsfurcht stehen. Viktimisierungen wurden wie im Deutschen Viktimisierungssurvey 2017 durch Fragen nach Opferwerdungen erfasst (Birkel, Church, Hummelheim-Doss, Leitgöb-Guzy & Oberwittler 2019). Die Items wurden zu einem Index zusammengefasst, indem die einzelnen Delikte nach der Deliktsschwere gewichtet und anschließend der Durchschnitt für alle Delikte gebildet wurde. Dieser Index kann als Maß für die Schwere der gesamten Kriminalitätsbelastung angesehen werden.

Es zeigte sich, dass in der Neckarstadt-West, der Innenstadt und im Jungbusch sowohl die durchschnittliche Kriminalitätsfurcht und Kriminalitätsbelastung vergleichsweise groß und die perzipierte Lebensqualität niedrig ist, sodass sich die Konzentration kriminalpräventiver Maßnahmen auf diese drei Regionen anbietet.

### Zielgruppen

Die Analysen zur Zielgruppe sollen die Frage beantworten, welche Perso-

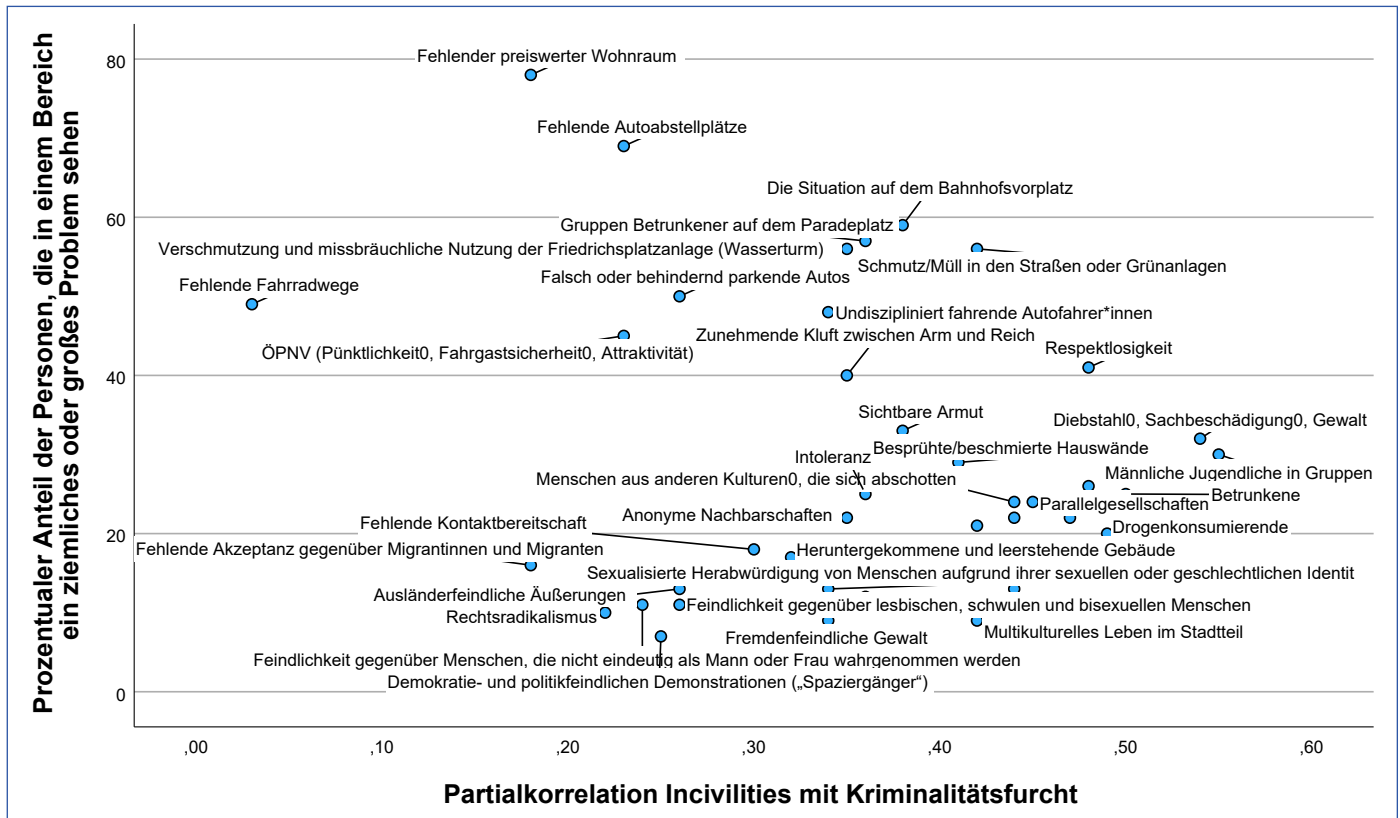


Schaubild 1: Die Beziehung zwischen quantitativer und qualitativer Relevanz von Incivilities für die Kriminalitätsfurcht

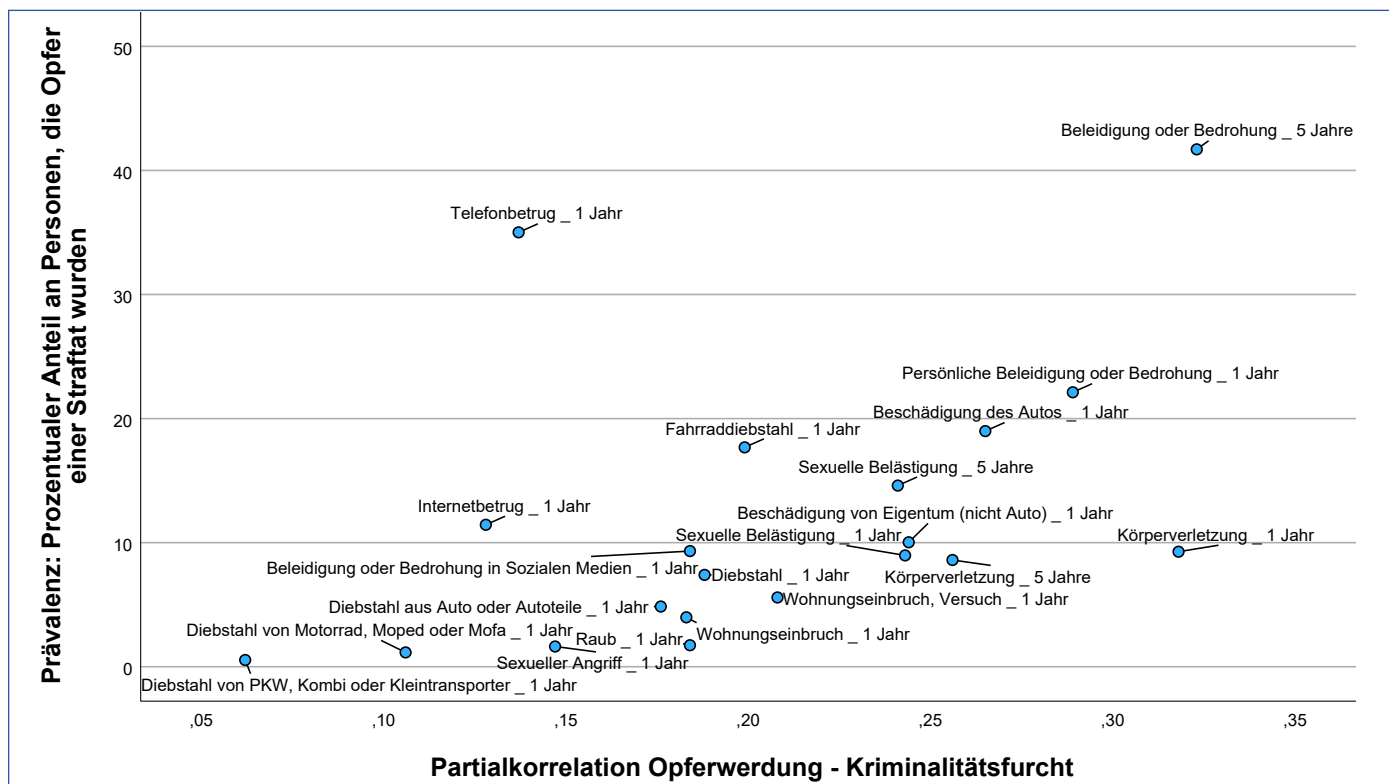


Schaubild 2: Beziehung zwischen quantitativer und qualitativer Relevanz von Viktimisierungen für die Kriminalitätsfurcht

nengruppen eine besonders hohe Kriminalitätsfurcht haben und ob dies durch bestimmte Delikte bedingt ist. Es zeigt sich, wie in anderen Studien auch, dass Frauen eine höhere Kriminalitätsfurcht als andere haben. Allerdings nimmt für Frauen die Kriminalitätsfurcht mit dem Alter ab. In Mannheim fühlen sich ältere Bürgerinnen besonders sicher. Die Gruppe mit der höchsten Kriminalitätsfurcht besteht aus jungen Frauen. Eine Erklärung für diesen Sachverhalt ist, dass junge Frauen häufiger als andere Opfer sexueller Belästigungen werden. Somit sind insbesondere junge Frauen eine geeignete Zielgruppe für Projekte opferorientierter Kriminalprävention. Die Maßnahmen sollten darauf abzielen, sexuelle Angriffe und Herabwürdigungen zu vermeiden.

### Ursachen der Kriminalitätsfurcht

In empirischen Studien zu Bedingungen der Kriminalitätsfurcht werden Effekte von Incivilities, Sozialkapital und Viktimisierungen untersucht (Kury 2003; Kriminalistisch-Kriminologische Forschungsstelle 2006; Dölling & Hermann 2006; Gainey et al. 2011; Vieno et al. 2016). Es zeigt sich in zahlreichen Studien, dass Kriminalitätsfurcht eine Vielzahl von Ursachen hat. Unter dem Gesichtspunkt der Effektivität sind solche Maßnahmen sinnvoll, die

einflussstarke und quantitativ relevante Ursachen der Kriminalitätsfurcht beeinflussen.

In Schaubild 1 ist qualitative und quantitative Relevanz von Incivilities für die Kriminalitätsfurcht dargestellt. Die qualitative Relevanz wird durch Partialkorrelationen abgebildet, wobei Alter, Schulbildung, Geschlecht und Migrationshintergrund als Kontrollvariablen verwendet werden. Die Größe der Partialkorrelationskoeffizienten ist ein Indikator für die Stärke des Zusammenhangs zwischen Incivilities und Kriminalitätsfurcht. Die quantitative Relevanz einer Incivility wird durch den Anteil der Personen bestimmt, die es als ziemliches oder großes Problem sehen.

Es zeigt sich, dass beispielsweise Rechtsradikalismus und Fremdenfeindlichkeit in Mannheim keine Probleme sind und sie auch keinen Einfluss auf die Kriminalitätsfurcht haben. Quantitativ und qualitativ relevant hingegen sind Respektlosigkeit, die Situation auf dem Bahnhofsvorplatz sowie Schmutz und Müll. Eine Verbesserung in diesen Bereichen wäre erfolgversprechend.

Eine entsprechende Analyse zum Einfluss von Viktimisierungen auf die Kriminalitätsfurcht ist in Schaubild 2 dargestellt. Es zeigt sich, dass Viktimisierungen durch Beleidigungen und Bedrohungen einen erheblichen Einfluss auf die Kriminalitätsfurcht haben und zudem quantitativ relevant. Dies sind

Delikte, die eine Form von Respektlosigkeit darstellen.

Von den Indikatoren des Sozialkapitals haben insbesondere das Vertrauen in Kommunal- und Bundespolitik einen großen Einfluss auf die Kriminalitätsfurcht. Zudem ist das Vertrauen in diese Institutionen vergleichsweise niedrig, sodass vertrauensbildende Maßnahmen sinnvoll wären.

### Vulnerable Gruppen

Die Studien zu Isbti Menschen lassen vermuten, dass sie besonders von Anfeindungen und Beleidigungen betroffen sind. Allerdings wird in den meisten Untersuchungen keine Vergleichsgruppe zu Isbti Menschen berücksichtigt, sodass vergleichende Aussagen streng genommen nicht möglich sind (Klocke, 2018). Jedoch zeigen viele Studien, dass Isbti Menschen zu einem hohen Anteil von Gewalt und Diskriminierung berichten und diese Erfahrungen Folgen für ihr Handeln haben (Krell & Oldemeier, 2015; Jäger & Göth, 2019; Walters et al. 2020).

Aufgrund dieser Forschungsdefizite ist es erforderlich, die Vulnerabilität von Isbti Menschen zu untersuchen. Dazu wurde erhoben, ob sich jemand dieser Personengruppe zugehörig fühlt. Das waren insgesamt 330 Personen, sodass differenzierte Ana-

lysen möglich sind. Es zeigte sich, dass lsbti Menschen eine signifikant höhere Kriminalitätsfurcht als andere haben und sie häufiger Opfer von Straftaten werden als andere. Beispielsweise wurden 21 Prozent der lsbti Menschen innerhalb der letzten 12 Monate Opfer einer Beleidigung oder Bedrohung in Sozialen Medien, während dies in der Vergleichsgruppe lediglich auf 9 Prozent zutrifft. Signifikante Unterschiede findet man bei Raubdelikten, Körperverletzungen, sexuellen Angriffen und Belästigungen sowie bei persönlichen Beleidigungen und Bedrohungen. Die Unterschiede sind von Alter, Geschlecht, Migrationshintergrund und Schulbildung unabhängig. Zudem sind gruppenspezifische Narrative erkennbar. 31 Prozent der lsbti Menschen sehen Feindlichkeit gegenüber lesbischen, schwulen und bisexuellen Menschen als ziemliches oder großes Problem an, während dies in der Vergleichsgruppe lediglich von 10 Prozent so wahrgenommen wird. Ähnlich groß sind die Unterschiede in den Antworten auf die Fragen, ob Feindlichkeit gegenüber Menschen, die nicht eindeutig als Mann oder Frau wahrgenommen werden und ob sexualisierte Herabwürdigung von Menschen aufgrund ihrer sexuellen oder geschlechtlichen Identität ein Problem sei. Die Unterschiede zwischen der internen und externen Sicht sind signifikant.

Somit haben *lsbti Menschen nicht nur eine höhere Kriminalitätsfurcht, sie werden auch häufiger Opfer als andere* und werden mit Narrativen konfrontiert, die sexuelle Vielfalt als problemlos ansieht, während dies aus ihrer Sicht nicht zutrifft. Somit ist es gerechtfertigt, lsbti Menschen als vulnerable Gruppe zu betrachten. Folglich sind Analysen angemessen, die Antworten auf die Ursachen der

Kriminalitätsfurcht in dieser Gruppe liefert. Die entsprechenden Untersuchungen zeigen, dass die Kriminalitätsfurcht von lsbti Menschen von Respektlosigkeit sowie Schmutz und Müll in Straßen und Grünanlagen sowie von Viktimisierungen durch Beleidigungen, Bedrohungen und sexuellen Belästigungen abhängt. In den Ursachen der Kriminalitätsfurcht unterscheiden sich lsbti Menschen nur wenig von den restlichen Bevölkerung. Aufgrund der Vulnerabilität dieser Gruppe ist sinnvoll, kriminalpräventive Maßnahmen auf diese Personengruppe abzustimmen.

## Bevölkerungsschutz

Anlass für die Berücksichtigung von Fragen zum Bevölkerungsschutz war ein Chemieunfall im Mannheimer Hafen im August 2022. Aus einem Container ist Hydrosulfid ausgetreten und hat sich entzündet. Deshalb sollten Fragen nach der Nutzung von Warn-Apps, dem Wissenstand über Sirensignale und der Vorbereitung auf Gefahren- und Krisenfälle berücksichtigt werden. Es zeigte sich, dass nur *etwa 40 Prozent der Befragten eine Warn-App nutzen*. Besonders niedrig ist dieser Anteil bei Personen unter 30 und über 80 Jahren. Zudem ist der Migrationshintergrund relevant sowie die Schulbildung. Jüngere Personen mit Migrationshintergrund sind durch Warn-Apps kaum erreichbar.

Die beiden üblichen Sirensignale werden lediglich von 32 Prozent richtig interpretiert. Dabei muss berücksichtigt werden, dass auch zufällig die richtige Antwort gegeben werden kann, sodass die Zahl überschätzt sein dürfte. Besonders niedrig ist der Anteil bei Personen zwischen 20 und 50 sowie bei Personen mit Migrationshintergrund.

Die Hälfte der Befragten hat zumindest einige Maßnahmen getroffen, um auf Katastrophensituationen vorbereitet zu sein. 9 Prozent sind der Ansicht, dass Krisenfälle ausgeschlossen sind, und 23 Prozent sehen keine Notwendigkeit, sich vorzubereiten. Dieser Anteil ist bei Männern middle-

ren Alters und Migrationshintergrund besonders groß.

## Konsequenzen aus dem Sicherheitsaudit

Die Ergebnisse der Sicherheitsbefragung legen es nahe, *Maßnahmen* zu initiieren, die

- erstens zum *Abbau von Respektlosigkeit und sexuellen Belästigungen* beitragen,
- zweitens das *ästhetische Erscheinungsbild der Stadt verbessern* sowie *Schmutz und Müll beseitigen*,
- drittens das *Vertrauen in die (Kommunal-)politik stärken* und
- viertens den *Wissensstand zu Warnmitteln verbessern* und die *Bereitschaft zur Krisenvorsorge erhöhen*.

## Evaluation

Der Vergleich der Entwicklung der Kriminalität in Mannheim und Baden-Württemberg anhand der Daten der Polizeilichen Kriminalstatistik gibt zumindest einen Hinweis auf den Erfolg der Mannheimer Sicherheitsarchitektur. Durch diese holistische Evaluation werden nicht die Effekte von einzelnen Maßnahmen untersucht, sondern es wird die Gesamtheit aller Maßnahmen berücksichtigt; dies hat den Vorteil, dass dadurch auch Synergieeffekte von Präventionsmaßnahmen einbezogen werden. Allerdings hat dieser Vergleich auch methodische Schwächen. Einerseits unterscheiden sich die Vergleichsgruppen nicht trennscharf, zum anderen bildet die Polizeiliche Kriminalstatistik nur das Hellfeld ab. Allerdings führt die Überschneidung der Vergleichsregionen lediglich zu einer Unterschätzung von Unterschieden; dadurch wird eine fehlerhafte Schlussfolgerung über einen Erfolg des Mannheimer Modells unwahrscheinlicher. Zudem spiegeln Veränderungen von Hellfelddaten auch Veränderungen im Dunkelfeld wider, wenn sich die Anzeigequote nicht verändert hat. Folglich können die Zahlen als Hinweis auf die Wirksamkeit des Mannheimer Sicherheitskonzepts interpretiert werden.

Das Schaubild 3 beschreibt die Veränderung der Gewaltkriminalität in Mannheim und Baden-Württemberg, ausgedrückt als Häufigkeitszahl, also als Anzahl der Taten pro 100.000 Einwohner. Allerdings wurden die Zahlen für beide Regionen angepasst, denn die Kriminalitätsbelastung in Mannheim und Baden-Württemberg ist auf unterschiedlichen Niveaus. Des-

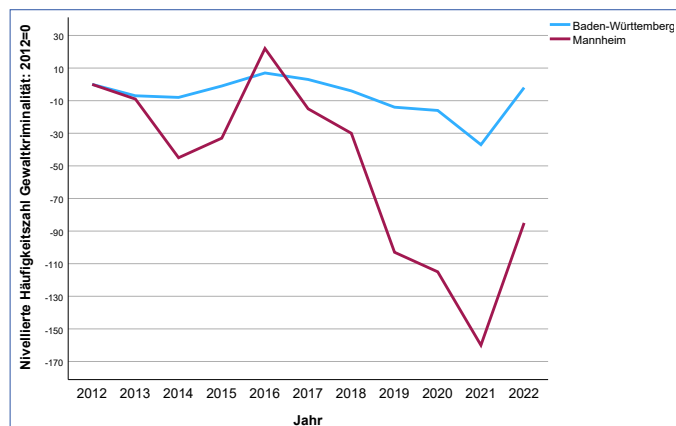


Schaubild 3: Veränderung der Gewaltkriminalität in Baden-Württemberg und in Mannheim

halb wurden die Häufigkeitszahlen für Mannheim und Baden-Württemberg durch die Subtraktion der Häufigkeitszahl für 2012 so verändert, dass Mannheim und Baden-Württemberg für das Jahr 2012 auf gleichem Niveau lagen.

Die Entwicklung in Mannheim ist günstiger als in Baden-Württemberg. Das Kriminalitätsniveau in Mannheim hat im Jahr 2016 einen Höhepunkt erreicht, aber dies ist durch die größere Belastung der Stadt durch die überdurchschnittlich große Anzahl an Geflüchteten erklärbar, denn Mannheim war eine Erstaufnahmeeinrichtung (Haverkamp 2017). Durch den starken Rückgang der Zahlen nach 2016 lag 2021 die angepasste Kriminalitätsbelastung in Mannheim unter dem Niveau von Baden-Württemberg. Nach der Polizeilichen Kriminalstatistik hat sich von 2012 bis 2021 in Mannheim die Häufigkeitszahl Gewaltkriminalität um 21 Prozent reduziert, in einer vergleichbaren Stadt wie Stuttgart um 11 Prozent und in Baden-Württemberg lediglich um 1 Prozent (Datenquelle: PKS 2012; PKS 2022a; PKS 2022b). *Insgesamt gesehen sprechen die Ergebnisse für den Erfolg des Mannheimer Modells der Kommunalen Kriminalprävention.*

## Fazit

Die Mannheimer Sicherheitsarchitektur unterscheidet sich in vielfacher Hinsicht von der klassischen KKP. Somit erscheint es gerechtfertigt, diese *Variation als KKP 2.0* zu bezeichnen. Insbesondere durch die *Einbeziehung aktueller Probleme* werden die Grenzen der klassischen KKP überschritten. In der Befragung 2020 waren die Coronapandemie und der Umgang der Bevölkerung mit sexueller Vielfalt relevante Themen, in der aktuellen Erhebung waren dies die Probleme von Isbti Menschen und der Bevölkerungsschutz. Zudem spielen Effektivität und Effizienz im Mannheimer Modell eine größere Rolle als in der klassischen KKP.

*KKP 2.0 ist somit ein erfolgversprechendes kommunalpolitisches Steuerungsinstrument im Bereich urbaner Sicherheit, ein Ansatz, der als Instrument des Urban Governance gesehen werden kann.*

Prof. Dr. Dieter Hermann lehrt und forscht am Institut für Kriminologie in Heidelberg

Kontakt: [hermann@krimi.uni-heidelberg.de](mailto:hermann@krimi.uni-heidelberg.de)

Christian Specht ist Oberbürgermeister der Stadt Mannheim

Klaus Eberle ist Stadtdirektor der Stadt Mannheim und leitet den Fachbereich Sicherheit und Ordnung

Sophie Glaser ist Koordinatorin Kommunale Kriminalprävention im Fachbereich Sicherheit und Ordnung der Stadt Mannheim.

## Literatur

- Birkel, C.; Church, D.; Hummelsheim-Doss, D.; Leitgöb-Guzy, N. & Oberwittler, D. (2019). Der Deutsche Viktimisierungssurvey 2017. Opfererfahrungen kriminalitätsbezogene Einstellungen sowie die Wahrnehmung von Unsicherheit und Kriminalität in Deutschland. Deutschland. Stand: April 2019. Wiesbaden: Bundeskriminalamt.
- Boers, K. (1991). Kriminalitätsfurcht. Über den Entstehungszusammenhang und die Folgen eines sozialen Problems. Pfaffenweiler: Centaurus-Verl.-Ges (Hamburger Studien zur Kriminologie, 12).
- Dölling, D. & Hermann, D. (2006). Individuelle und gesellschaftliche Bedingungen von Kriminalitätsfurcht. In: Feltes, T.; Pfeiffer, C. & Steinhilper, G. (Hrsg.). Kriminalpolitik und ihre wissenschaftlichen Grundlagen. Festschrift für Professor Hans-Dieter Schwind zum 70. Geburtstag. Heidelberg: C.F. Müller, S. 805-823.
- Dölling, D.; Hermann, D. & Simsa, C. (1995). Kriminalität und soziale Probleme im räumlichen Vergleich - Analysen anhand der Bevölkerungsbefragungen in den Projektstädten. In: Feltes, T. (Hrsg.): Kommunale Kriminalprävention in Baden-Württemberg. Erste Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung von drei Pilotprojekten. Holzkirchen: Felix-Verlag, S. 69-92.
- Forschungsgruppe Kommunale Kriminalprävention in Baden-Württemberg (1998). Viktimisierungen, Kriminalitätsfurcht und Bewertungen der Polizei in Deutschland. Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform 81, Heft 2, S. 67-82.
- Forschungsgruppe Kommunale Kriminalprävention in Baden-Württemberg (2000). Handbuch zur Planung und Durchführung von Bevölkerungsbefragungen im Rahmen der Kommunalen Kriminalprävention. Villingen-Schwenningen 2. überarbeitete Auflage, hrsg. vom Landeskriminalamt Baden-Württemberg.
- Gainey, R.; Alper, M. & Chappell, A.T. (2011). Fear of Crime Revisited: Examining the Direct and Indirect Effects of Disorder, Risk Perception, and Social Capital. American Journal of Criminal Justice 36 (2): S. 120-37. doi:10.1007/s12103-010-9089-8
- Haverkamp, R. (2017). Kriminalität und Zuwanderung. Forensische Psychiatrie, Psychologie, Kriminologie 11 (4), S. 284-295. DOI: 10.1007/s11757-017-0450-3
- Hermann, D. & Dölling, D. (2001). Kriminalprävention und Wertorientierungen in komplexen Gesellschaften. Analysen zum Einfluss von Werten, Lebensstilen und Milieus auf Delinquenz, Viktimisierungen und Kriminalitätsfurcht. Mainz: Weisser Ring.
- Hermann, D. & Dölling, D. (2006). Individuelle und gesellschaftliche Bedingungen von Kriminalitätsfurcht. In: Feltes, T.; Pfeiffer, C. & Steinhilper, G. (Hrsg.): Kriminalpolitik und ihre wissenschaftlichen Grundlagen. Festschrift für Professor Hans-Dieter Schwind zum 70. Geburtstag. Heidelberg: C. F. Müller, S. 805-823.
- Hermann, D. & Laue, C. (2001). Ökologie und Lebensstil. Empirische Analysen zum „Broken Windows“-Paradigma. In: Jehle, J. (Hrsg.): Raum und Kriminalität. Sicherheit der Stadt. Migrationsprobleme. Mönchengladbach: Forum, S. 89-120.
- Hermann, D. & Laue, C. (2004). Wirkungen kommunaler Kriminalprävention – Ein Fallbeispiel. In: Banzenberg, B.; Coester, M. & Marks, E. (Hrsg.): Kommunale Kriminalprävention. Ausgewählte Beiträge des 9. Deutschen Präventionstages (17. und 18. Mai 2004 in Stuttgart). Forum: Godesberg, S. 197-208, und in: Kerner, Hans-Jürgen & Marks, Erich (Hrsg.): Internetdokumentation Deutscher Präventionstag. Hannover. [http://www.praeventionstag.de/content/9\\_praev/doku/hermann\\_laue/index\\_9\\_hermannlaue.htm](http://www.praeventionstag.de/content/9_praev/doku/hermann_laue/index_9_hermannlaue.htm)
- Hermann, D. (2016a). Gewaltprävention auf den Ebenen Kommune, Land und Bund. In: Voß, S. & Marks, E. (Hrsg.): 25 Jahre Gewaltprävention im vereinten Deutschland – Bestandsaufnahme und Perspektiven. Berlin: Pro BUSINESS Verlag. Internetdokumentation: <http://www.gewalt-praevention.info/html/download.cms?id=92&datei=Hermann-I-92.pdf>
- Hermann, D. (2016b). Rahmenbedingungen und Strukturen für eine nachhaltige und effektive Gewaltprävention auf den Ebenen Kommune, Land und Bund – ein themen-übergreifendes Thesepapier. In: Voß, S. & Marks, E. (Hrsg.): 25 Jahre Gewaltprävention im vereinten Deutschland – Bestandsaufnahme und Perspektiven. Berlin: Pro BUSINESS Verlag. Internetdokumentation: <http://www.gewalt-praevention.info/html/download.cms?id=93&datei=Hermann-III-93.pdf>

Hunsicker, E. 2006. Entwicklung der kommunalen Kriminalprävention in Osnabrück seit 1989. In: Feltes, T.; Pfeiffer, C. & Steinhilper, G. (Hrsg.): Kriminalpolitik und ihre wissenschaftliche Grundlage. Festschrift für Professor Dr. Hans-Dieter Schwind zum 70. Geburtstag. Heidelberg: C. F. Müller, S. 945-961.

Jäger, A. & Göth, M. (2019). Sicher Out? Geschützt vor Diskriminierung und Gewalt in der Region Rhein-Neckar? [https://www.heidelberg.de/site/heidelberg\\_ROOT/get/documents\\_E-172696825/heidelberg/Objektdatenbank/16/PDF/Diskriminierung/SICHER-OUT\\_Dokumentation\\_Web.pdf](https://www.heidelberg.de/site/heidelberg_ROOT/get/documents_E-172696825/heidelberg/Objektdatenbank/16/PDF/Diskriminierung/SICHER-OUT_Dokumentation_Web.pdf)

Kerner H.-J. (2018). Entwicklung der Kriminalprävention in Deutschland. In: Walsh, M.; Pniewski B.; Kober M. & Armbrorst A. (Hrsg.) Evidenzorientierte Kriminalprävention in Deutschland. Wiesbaden: Springer VS, S. 21-36.

Kerner, H.-J.; Jehle, J.-M. & Marks, E. (Hrsg.): (1998). Entwicklung der Kriminalprävention in Deutschland. Allgemeine Trends und bereichsspezifische Perspektiven. Mönchengladbach: Forum-Verlag Godesberg.

Klocke, U. (2018). Homo- und Transfeindlichkeit in Deutschland: Erscheinungsformen, Ursachen und Interventionsmöglichkeiten. In Möller, K. & Neuscheler, F. (Hrsg.): „Wer will die hier schon haben?“. Ablehnungshaltungen und Diskriminierung in Deutschland (S. 291-308). Stuttgart: Kohlhammer.

Krell, C. & Oldemeier, K. (2015). Coming-out - und dann ...?! Ein DJI-Forschungsprojekt zur Lebenssituation von lesbischen schwulen, bisexuellen und trans\* Jugendlichen und jungen Erwachsenen. München: DJI Deutsches Jugendinstitut. [https://www.dji.de/fileadmin/user\\_upload/bibs2015/DJI\\_Broschuere\\_ComingOut.pdf](https://www.dji.de/fileadmin/user_upload/bibs2015/DJI_Broschuere_ComingOut.pdf)

Kriminalistisch-Kriminologische Forschungsstelle (2006). Individuelle und sozialräumliche Determinanten der Kriminalitätsfurcht. Sekundäranalyse der allgemeinen Bürgerbefragungen der Polizei in Nordrhein-Westfalen. Düsseldorf: Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen. <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:bsz:21-dspace-798085>

Kury, H. (2003). Kriminalitätsfurcht und ihre Ursachen: ein komplexes und schwierig zu fassendes Phänomen. Bürger & Staat 53, 1, S. 9 - 18.

Lübeck (2015). Kriminalpräventiver Rat. <http://www.luebeck.de/bewohner/buergerservice/lvw/leistungen/index.html?id=351&bereich=4>

Lüdemann, C. & Peter, S. (2007). Kriminalität und Sozialkapital im Stadtbezirk - Eine Mehrebenenanalyse zu individuellen und sozialräumlichen Determinanten von Viktimisierungen. In: Zeitschrift für Soziologie 36, S. 25-42.

PKS (2012). Polizeiliche Kriminalstatistik Bundesrepublik Deutschland. Berichtsjahr 2012. Wiesbaden: BKA. Bundeskriminalamt

PKS (2022a). T01 Grundtabelle - Fälle mit Häufigkeitszahl (HZ) - Städte (V1.0). [https://www.bka.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/PolizeilicheKriminalstatistik/2022/Stadt/Faelle/ST-F-01-T01-Staedte-Faelle-HZ\\_xls.xlsx?\\_\\_blob=publicationFile&v=4](https://www.bka.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/PolizeilicheKriminalstatistik/2022/Stadt/Faelle/ST-F-01-T01-Staedte-Faelle-HZ_xls.xlsx?__blob=publicationFile&v=4)

PKS (2022b). T01 Grundtabelle - Fälle mit Häufigkeitszahl (HZ) - Länder (V1.0). [https://www.bka.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/PolizeilicheKriminalstatistik/2022/Land/Faelle/LA-F-02-T01-Laender-Faelle-HZ\\_xls.xlsx?\\_\\_blob=publicationFile&v=4](https://www.bka.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/PolizeilicheKriminalstatistik/2022/Land/Faelle/LA-F-02-T01-Laender-Faelle-HZ_xls.xlsx?__blob=publicationFile&v=4)

Pohl-Laukamp, D. (1996). Kriminalprävention auf kommunaler Ebene: Das Beispiel Lübeck, ein Praxisbericht. In: Trenczek, T. & Pfeiffer, H. (Hrsg.): Kommunale Kriminalprävention. Paradigmenwechsel und Wiederentdeckung alter Weisheiten. Bonn: Forum Verlag Godesberg, S. 75-103.

Putnam, R. D. (2000). Bowling alone. The collapse and revival of American community. New York: Simon & Schuster.

Vieno, A.; Lenzi, M.; Rocco, M.; Russo S.; Monaci, M.G. & Scacchi, L. (2016). Social Capital and Fear of Crime in Adolescence: A Multilevel Study. American Journal of Community Psychology 58 (1-2): S. 100-110. doi:10.1002/ajcp.12071

Walters, M. A.; Paterson, J.; Brown, R. & McDonnell, L. (2020). Hate crimes against trans-people: Assessing emotions, behaviors, and attitudes toward criminal justice agencies. Journal of Interpersonal Violence 35(21-22), S. 4583-4613. <https://doi.org/10.1177/0886260517715026>

Wilson, J. Q. & Kelling, G. L. (1996). Polizei und Nachbarschaftssicherheit: Zerbrochene Fenster. Kriminologisches Journal 28, S. 121-137.